

**Statement zur Fröhsommer-Konjunkturumfrage 2011  
von Martin Wansleben, DIHK-Hauptgeschäpftsföhrer,  
Pressekonferenz am 25. Mai 2011**

Die Wirtschaft läuft auch in diesem Jahr auf vollen Touren. Export- und Inlandsge-  
schäpft tragen den Aufschwung. Die Unternehmen wollen kräftig investieren und ein-  
stellen. Insgesamt erwartet der DIHK für 2011 ein Wachstum von 3,5 Prozent und  
hebt seine Prognose damit um 0,5 Prozentpunkte an.

Die Unternehmen beurteilen ihre Geschäftsperspektiven so zuversichtlich wie im  
Boomjahr 2007. Die Sorgen um Nachfragerückgänge im In- und Auslandsgeschäpft  
nehmen erneut ab. Das stützt die Hoffnung, dass die Wirtschaft weiter wächst. Die  
schwungvolle Export- und Investitionsentwicklung unterstützt den Arbeitsmarkt – das  
prägt auch die Erwartungen in der Konsumwirtschaft zunehmend.

In nahezu allen Branchen stehen die Zeichen auf Personalaufbau. Industrie, Handel  
und Bau weisen so gute Beschäftigungspläne auf wie seit der Wiedervereinigung  
nicht mehr. In diesem Jahr fällt die Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 2,8 Mio. – den  
niedrigsten Wert seit 20 Jahren. Allerdings macht sich der Fachkräftemangel auf dem  
Arbeitsmarkt mehr und mehr bemerkbar.

Das ist das Ergebnis der DIHK-Konjunkturumfrage vom Fröhsommer 2011. Grundlage  
sind mehr als 24.000 Unternehmensantworten, die von den Industrie- und Han-  
delskammern (IHKs) ausgewertet worden sind.

**Zu den Ergebnissen im Einzelnen:**

Der rundherum gelungene Jahreseinstieg bedeutet, dass die Wirtschaft insgesamt  
die Krise hinter sich gelassen hat. Mittlerweile bewerten die Unternehmen ihre Ge-  
schäftslage sogar etwas besser als zum Höhepunkt des Booms 2007.

Das Wachstum fußt auf größerer Basis. Die Binnenwirtschaft übernimmt mehr und  
mehr die konjunkturelle Stützungsfunktion. Einzelhandel und Gastgewerbe sind zu-  
versichtlicher denn je. Die Lageeinschätzung der Bauwirtschaft erreicht im Fröh-  
sommer 2011 seit dem Vereinigungsboom nicht mehr gekannte Werte.

Auch die Investitionsabsichten der Unternehmen verbessern sich noch einmal leicht und erreichen ein neues Rekordniveau. Der Investitionsaufschwung erfasst die gesamte Breite der Wirtschaft und trägt erheblich zur positiven Entwicklung der Binnenkonjunktur bei. Neben der Industrie planen auch die eher binnenorientierten Wirtschaftszweige wie Dienstleistungen und Handel sowie der lange Zeit zurückhaltende Bau ihre Investitionsbudgets am Standort Deutschland abermals aufzustocken. Alles in allem ist die Finanzierungssituation stabil, auch wenn es hier und da einige Probleme gibt. Das gilt für die Exportfinanzierung und für die Unternehmen, die eine schlechtere Bonität aufweisen.

Im Exportgeschäft ist die weltweite Nachfrage nach hochwertigen Investitionsgütern und effizienter Technologie „Made in Germany“ Garant für ein weiterhin starkes Wachstum. Immer mehr Unternehmen sehen ein stabileres Auslandsgeschäft. Allerdings werden die Zuwächse etwas geringer. Die Perspektiven auf dem europäischen Heimatmarkt sind durch das verhaltene Wachstum in etlichen Staaten eingeschränkt. Hinzu kommt eine gewisse Verunsicherung durch die Ereignisse in Japan und die politischen Umwälzungen im Nahen Osten und Nordafrika.

Der Fachkräftemangel verschärft sich aus Unternehmenssicht weiter. Knapp ein Drittel der Unternehmen sieht hier bereits für die kommenden zwölf Monate ein Risiko für die eigene Geschäftsentwicklung – doppelt so viele wie zu Jahresbeginn 2010. Betroffen sind z. B. Zeitarbeit, Gesundheitswirtschaft, IT- und industrienaher Dienstleister, Baugewerbe sowie Maschinenbau. Die Fachkräftesicherung wird so mehr und mehr zum Megathema.

Deshalb müssen wir bereits jetzt die Weichen richtig stellen. Wir brauchen eine höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren, Frauen – und auch von Migranten. Hier kann das geplante Anerkennungsgesetz einen Beitrag leisten, dass Unternehmen ausländische Berufsabschlüsse besser einschätzen können. Die IHK-Organisation wird sich bei der Umsetzung des Gesetzes in die Praxis engagieren. Neben der besseren Ausschöpfung des heimischen Potenzials gehört auch die Zuwanderung in ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Fachkräftesicherung. Mit Blick auf nötige Erleichterungen ist die Bundesregierung hier bislang viel zu zögerlich. Wir brauchen in Deutschland eine am Arbeitsmarkt orientierte Zuwanderungssteuerung. Damit senden wir auch ein wichtiges Willkommenssignal.

Die Energie- und Rohstoffpreise werden mit der guten weltwirtschaftlichen Entwicklung aus Unternehmenssicht zum Konjunkturrisiko Nr. 1 (56 Prozent). Sie erreichen mittlerweile nicht nur als Kostenfaktor für die Unternehmen schmerzliche Höhen, sondern dämpfen auch die Konsumlaune. Erschwerend hinzu kommen aktuell die Folgen der steigenden Strompreise seit der Abschaltung deutscher Kernkraftwerke.

Und schließlich ist die Energiewirtschaft als eine der wenigen Industriebranchen zurückhaltender mit ihren Investitionsabsichten. Fehlende Planungssicherheit wird hier als größtes Investitionshemmnis empfunden. Es reicht nicht aus, den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschließen. Wer aussteigen will, muss ein klares und machbares Einstiegskonzept in Richtung erneuerbare Energien haben. Auch muss die Energiewende europäisch eingebunden werden. Ein Energieabenteurer kann sich das Industrieland Deutschland nicht leisten.

Mit der erfreulich guten Konjunktorentwicklung steigen auch die Steuereinnahmen gegenüber der jüngsten Steuerschätzung. Umso wichtiger ist es, neben den Einsparungen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen jetzt weiter auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu setzen. Dazu gehört das Thema Steuerreform wieder auf die Tagesordnung. Wir sehen nach wie vor Handlungsbedarf vor allem bei den Unternehmensteuern. Wenn Firmen, die keinen Gewinn machen, trotzdem Steuern zahlen müssen, dann geht das an die Substanz. Die Hinzurechnung von Zinsen, Mieten und Pachten bei der Gewerbesteuer gehört abgeschafft. Auch müssen Unternehmen ihre Investitionen wieder – entsprechend der tatsächlichen Wertentwicklung – schneller abschreiben und damit mehr Liquidität aufbauen können. Konkret schlagen wir hier die Wiedereinführung der degressiven AfA vor. Auch muss der Mittelstandsbauch bei der Einkommenssteuer dringend abgeflacht werden. Bislang werden Einkommensverbesserungen im unteren und mittleren Bereich überproportional steuerlich belastet. Das ist leistungsfeindlich und erschwert bei vielen Unternehmen den Aufbau von Eigenkapital.